

Preussisches Abgeordnetenhaus.

108. Sitzung, Freitag, 14. Dezember 1917, 11 Uhr

Am Ministertisch: Herrg.

Kriegsteuerungszulagen für Beamte.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge aller Parteien auf Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an die Beamten, die Lehrer, die Pensionäre usw.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß hat sich mit diesen Anträgen eingehend beschäftigt und fordert die Regierung auf, einmalige Steuerungsulagen zu gewähren, und zwar a) den verheirateten Beamten, Volksschullehrern usw. bis zu einem Einkommen von 18 000 M. (ohne Wohnungsgeldzuschuß) einen Grundbetrag von 200 M. und für jedes unverforate Kind einen weiteren Steigerungsbetrag von je 20 M., b) den unverheirateten Beamten bis zu einem Einkommen von 6000 M. (ohne Wohnungsgeldzuschuß) 150 M.

Ferner erklärt der Ausschuß in einer Entschlieung die gegenwärtigen Zuwendungen aus Anlaß der Kriegsteuerung für unzureichend. Im Interesse einer beschleunigten Hilfe für die notleidenden Beamten sei man zunächst mit einer einmaligen Zulage einverstanden. Man habe jedoch die bestimmte Erwartung, daß spätestens von Beginn des nächsten Rechnungsjahres ab höhere laufende Sätze gewährt werden. Die Frage dabei offen bleiben, nach dem diese Zulagen zu gewähren sind, soll dabei offen bleiben. Der Ausschuß soll in die Beratung dieser Fragen spätestens am 15. Februar 1918 eintreten. Ferner wird die Regierung ersucht, bei Pensionäre neben den sonstigen Voraussetzungen das aus der Beschäftigung im Vaterländischen Hilfsdienst sich ergebende Einkommen nur zu berücksichtigen, soweit es den Betrag von 1000 M. jährlich übersteigt.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß war sich vollkommen darüber einig, daß die jetzigen Zuwendungen in keiner Weise genügend sind, daß vielmehr die größte Not in der Beamtenenschaft herrscht. Den Beamten muß unbedingt großzügig geholfen werden. Die so entstehenden Aufwendungen sind durch den Krieg verursacht und müssen als Kriegskosten betrachtet werden. Die Zulagen, wie sie in den Beschlüssen des Ausschusses niedergelegt sind, sind nicht sehr erheblich. Trotzdem erfordern sie etwa 200 Millionen Mark. Bei ihrer Bemessung waren auch Rücksichten auf das Reich und die andern Bundesstaaten zu nehmen. Durch die Zulage wird der Not der Beamtenenschaft nicht abgeholfen. Die Verhältnisse werden nicht besser, sondern schlimmer werden. Da der Finanzminister sich mit unserer Entschlieung einverstanden erklärt hat, so darf man annehmen, daß auch die laufenden Zuwendungen für die Beamten in aller Kürze eine Aufbesserung erfahren. Der Erlaß des Finanzministers über die Zuwendungen an die Altpensionäre sowie die Witwen und Waisen hat vielfach zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Dadurch sind die Zuwendungen vielfach in sehr engen Grenzen gehalten. Das Formular, das den Bewilligungen der Unterstützungen zugrundegelegt werden müßte, ist unklar. So sind in manchen Gegenden die Zinsen berücksichtigt worden, in andern Gegenden nicht. Schließlich haben wir uns mit dem Finanzminister auf eine Entschlieung geeinigt.

Für die Pensionäre ist eine erhebliche Besserstellung erfolgt, aber der Not der Ruhegehaltsempfänger, der Witwen und Waisen ist noch nicht völlig gesteuert. Die Pensionäre müssen in irgend einer Weise mit den Beamten durch fortlaufende prozentuale Zuwendungen gleichgestellt werden. (Zustimmung.) Die Beamten im Militärdienst müssen besser gestellt werden. Der Finanzminister hat bei den Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen Entgegenkommen bewiesen. Es muß jedoch weiter geholfen werden, denn in einzelnen Beamtenfamilien ist die Not grenzenlos.

Etwas Kräftiges muß geschehen.

Finanzminister Herrg.: Einige beruhigende und herzlich gemeinte Worte für die Beamtenenschaft möchte ich den vorzüglichsten Darlegungen des Berichterstatters hinzufügen. Seit der letzten Vorlage über Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen, die aus der Initiative meines Amtsvorgängers entsprang, sind fünf Monate verflossen. Die Steuerung ist zum Teil beängstigend gestiegen (Zustimmung). Eine Verbesserung ist notwendig. So weit darüber noch ein Zweifel bei der Regierung bestehen konnte, ist er durch die Verhandlungen im Ausschuß beseitigt worden. Dort ist ein reicher Tatsachenstoff über die gesamten Verhältnisse und die Stimmung der Beamten zusammengetragen worden. Wir haben uns der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß in der Tat etwas Ordentliches, etwas Kräftiges geschehen muß. (Beih. Beifall.) Wenn die Beamten durch ihr tapferes Ausharren trotz vieler Entbehrungen es in dieser schweren Zeit dem Volke ermöglichen, durchzuhalten, dann müssen wir auch den Beamten das Durchhalten für ihre Person ermöglichen, indem wir sie von drückender Sorge befreien. (Beih. Beifall.) Wir haben den Weg der einmaligen Zulagen gewählt. Ich will gern zugeben, daß die 250 durchschnittlicher Zuwendungen nicht in jedem einzelnen Falle ausreichen. Eine schematische Regelung kann eben nicht jeden einzelnen Fall völlig erfassen. Zurzeit konnten wir jedoch über diese Sätze nicht hinausgehen. Fiskalische Rücksichten kommen nicht in Frage. Sie dürfen keine Rolle spielen, wo es sich darum handelt, unseren Beamtenkörper, das Rückgrat des ganzen Staatsorganismus, vor Not zu bewahren und ihn leistungsfähig zu erhalten. (Zustimmung.) Wenn Deckung nicht da war, so mußte das Geld anderweitig beschafft werden. Aber wie ein Familienvater kann auch der Staat über eine gewisse Grenze des allgemeinen Familienzuschnittes nicht hinausgehen. Und diese Grenze ist augenblicklich erreicht. Ich glaube, daß mit diesen Zuwendungen zurzeit doch eine recht erhebliche Entlastung in den einzelnen Haushalten eintreten wird. Namentlich bei den zur Fahne einberufenen Beamten ist dadurch, daß von der Löhnung der Gemeinden und Befreiten nichts mehr angerechnet wird und ihnen volle 180 bis 200 Mark zugute kommen, außerordentlich viel gewährt.

Bezüglich dessen, was zu geschehen hat, wenn die Steuerung von neuem ansteigt, mußte der Finanzminister den Standpunkt einnehmen, daß Steuerungsulagen vorzüglich immer nach den jeweiligen Verhältnissen einzustellen sind. Die Zuwendungen für die Beamten werden in dem nächsten Etat enthalten sein. Damit ist dem Hauptausschuß Gelegenheit gegeben, sich hierüber auszusprechen. Im Interesse der Beamtenenschaft und im Interesse der Einigung zwischen Ausschuß und Regierung habe ich meine Bedenken gegen Ihre Entschlieungen zurückgestellt. Das ist ein wertvolles Weihnachtsgeschenk, das wir auf den Tisch des Hauses legen. (Beifall.) Bei den Pensionären besteht eine größere Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Ausschuß. Das kommt allerdings in der Entschlieung weniger zum Ausdruck. Aber hinter den Kulissen besteht nach wie vor der große Gegensatz: soll für die Pensionäre und für die Witwen und Waisen dasselbe System angewandt werden wie für die Beamten, oder soll die Frage je nach der Bedürftigkeit geregelt werden. Grundsätzlich habe ich mir die Erwünschungen meines Amtsvorgängers über das Verhältnis der Pensionäre zum Staat zu eigen machen müssen. Das Verhältnis der Pensionäre zum Staat ist eben ein anderes als das der Beamten.